

Ersteinst täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Preiskurs der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Kasse eingehenden Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Manuscripte an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22, p.
Königsplatz, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anfrage 16.150.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr., incl. Frachtlohn 5 Thlr., durch die Post bezogen 6 Thlr. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 48 Pf.

Insertat 5 spz. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut inserat Preisberechnung. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Kladden unter dem Redactionstitel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

№ 255.

Dienstag den 17. August 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit in der Fleischgasse Schloßneubauten des Umbauten vorzunehmen und fordern wir daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. März 1879 die Besitzer der Administratoren der an genannte Straßentracte angrenzenden Grundstücke auf, wegen gleichzeitiger Unterführung der Fallrohre bei, wegen einer nothwendig werdenden Einlegung oder Umlage von Beschlüssen unterjährig und bis spätestens zum 1. September d. J. bei und Anzeige zu erlassen, damit die Legung der Fallrohre und Beschlüsse gleichzeitig mit dem Bau der Hauptkiese auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Bewirkung einer Geldstrafe bis zu 60 A zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, den 11. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, Messerschmidt.

Bermiethungen in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

In obiger Fleischhalle sollen die Abtheilungen Nr. 8 und 23 sofort, Nr. 11 vom 30. d. Mts. an, Nr. 5 vom 16. October d. J. an gegen einmonatliche Kündigung anderweit an die Weißbrotenden vermietet werden und haben wir hierzu Bermiethungstermin auf

Wittwoch, den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr

an Rathshalle anberaumt. Die Bermiethungs- und Bermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathshaus, 1. Etage, eingesehen werden.
Leipzig, den 14. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, Stöß.

Minister Hofmann.

Die Neubestellung des Staatssecretariats von Elßaß-Vohringen hat sich aus einer einfachen Personenfrage zu einer Staatsaction erweitert, welche die Stellung der preussischen Ministerien zu den Reichsämtern in erheblicher Weise berührt. Zunächst muß erwähnt werden, daß Minister Hofmann allerdings bereits in Straßburg angekommen ist, aber nur um den Stand der Dinge einzusehen und dann weiter seine Ferien zu genießen. Sein neues Amt wird er erst gegen den 1. October antreten. Für ihn selbst ist der Wandel der Dinge, wie man jetzt aus sehr zuverlässiger Quelle erfährt, durchaus nicht überraschend gekommen; er hat sich vielmehr selbst sein neues Schicksal geschildert.

Sobald Herr Herzog seinen Abschied als Staatssecretar in Elßaß-Vohringen genommen und später erhalten hatte, sind — und aller Wahrscheinlichkeit nach auf Herrn Hofmann's Veranlassung — Verhandlungen zwischen Berlin und Straßburg gepflogen worden, welche zu dem Resultate führten, daß der Statthalter, Feldmarschall von Mantuffel, sich dem Kaiser den Minister Hofmann als Staatssecretar erbat. Selbstverständlich ist Fürst Bismarck gefragt worden, ob er keine Einwendungen zu erheben habe; aber man darf es glauben, wenn behauptet wird, daß der Kanzler wieder einmal dem Gedanken, als sei ihm der Wechsel absolut gleichgültig, einen weniger hüflichen als wohlwärtigen Ausdruck verliehen habe. Von Herrn Hofmann ist es sicher, daß er seine Veretzung nach Straßburg nicht bloß gewünscht, sondern mit großer, von Erfolg gekrönter Eifer erstrebt hat. Er war eben, wie man uns versichert, seit geraumer Zeit überzeugt, daß das Verhältnis zwischen ihm und dem Reichskanzler unhaltbar geworden sei und über kurz oder lang zum definitiven Bruch führen müsse, dem er durch kluges Ausweichen zuvorzukommen suchte. Ihn deshalb tadeln, wäre ungerecht. Auf jeden Fall wird die schwierige Natur des Herrn Hofmann die Consequenzen zu vermeiden wissen, an denen sein Vorgänger scheiterte.

Herr Herzog hatte sich den ersten von ihm gemachten Entwurf des Befehles vom 4. Juli 1879 derart auf den eigenen Leib zugeschnitten, daß dessen Inhalt damals in das Bonmot zusammengefaßt wurde: „Der Staatssecretar regiert, der Statthalter giebt Diners.“ Eher ließe sich dieses Bonmot von jetzt an in sein Gegenteil umkehren. Es ist übrigens sehr reich, die heutige Liste der preussischen Minister mit derjenigen vom Jahre 1873 im Monat August zu vergleichen. Damals bestand das Ministerium (nachdem Fürst Bismarck unter dem 21. Decbr. 1872 das Präsidium abgegeben hatte) aus folgenden Personen: Feldmarschall Graf Roon, Ministerpräsident und Kriegsminister; Graf Eulenburg I., Minister des Innern; Dr. Leonhardt, Justizminister; Camphausen, Finanzminister; Dr. Fall, Cultusminister; Graf Königsmann, landwirthschaftlicher Minister; Dr. Achenbach, Handelsminister. Von allen diesen ist heute Niemand mehr im Amte. In constitutionellen Staaten, wo ein Parlamentsbeschluß Minister stürzt und einsetzt, wäre das nichts Wunderliches, aber die Welt weiß, wie wenig Einfluß im Deutschen Reich die Presse auf die Volkswahl hat.

Herr Hofmann war bis jetzt der älteste preussische Staatsminister, wenn auch Graf Stolberg wegen seiner (nach außen wenig bemerkbaren) Stellung als Vicepräsident vor ihm rangirte. Hofmann war mit dem verstorbenen Staatssecretar des Auswärtigen Amtes, von Bismarck, unter dem 6. Juni 1876 zum Minister ohne Portfeuille ernannt worden, die Bestallungen aller anderen Minister sind jüngeren Datums. Geht auch Graf Stolberg ab, was nach gewissen in voriger Woche vorgekommenen Auseinandersetzungen zwischen ihm und anderen Mitgliedern des Cabinets sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, so können sich Graf Eulenburg II. und Herr Napobach, die an einem Tage ernannt sind (obgleich Graf Eulenburg schon vorher die Geschäfte des Ministeriums führte), um

die Anciennetät streiten, während Herr Hofmann aus Ziel seiner Wünsche gelangt ist, d. h. fern von Berlin und dem persönlichen Einflusse des Reichskanzlers, ein hohes Staatsamt im Dienste des Reiches zu bekleiden.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. August.

Ein Kiesenwort deutscher Baukunst, der Dom zu Köln, ragt jetzt in schönster Vollendung mit seinen Thürmen in den Aether; aber dieses Denkmals deutscher Fleißes und deutschen Genies hat es nun einmal an sich, daß es des politischen Charakters nicht zu entscheiden ist. Haben Heinrich Heine und seine Genossen ihn in seiner vermeintlichen Nichtvollständigkeit als Symbol der nie wieder zusammenzuführenden Reichsglieder betrachtet, so haben die Ereignisse der letzten zehn Jahre dafür gefordert, daß die Nachfolger Heine's nicht ausstarben; Leute, die das neu erstandene Deutsche Reich nicht mögen, weil es nicht nach dem Herzen der heutigen Curie ist. Diese möchten die Kreuzblumen von dem herrlichen Gotteshaufe am liebsten herunterreißen und nicht eher wieder aufsetzen lassen, als bis das Deutsche Reich nach ihren Wünschen sich einrichtet: als Dienerin des Papstes zu Rom. „Es schien eine Zeit lang“ — schreibt die „Königliche Zeitung“ — als wenn man auch in Berlin in Kreisen, mit denen unter allen Umständen gerechnet werden muß, die feste Besetzung der Vollendung des großen Werkes nicht sonderlich gewünscht hätte. Die Stimmung aber, wenn sie überhaupt je vorhanden war, ist umgeschlagen. Man wünscht ein großes, ein glänzendes Domfest, sei es jetzt oder nach Entfernung der Gerüste; einerlei, ob bis dahin die Führer der rheinischen Ultramontanen sich entschlossen haben werden, an der Feier theilzunehmen oder nicht. Es wäre auch gar zu seltsam, wenn das deutsche Fest — ein solches ist das Domfest — auf welches sechs Jahrhunderte herabsehen, wegen einer Hand voll solcher Leute unterbleiben sollte, welche das Deutsche Reich nie geliebt und überhaupt nie gewollt haben. Das Dombaufest hat denn doch eine Bedeutung, welche die derzeitigen kirchenpolitischen Wirren übertrifft; liegen doch zwischen Grundsteinlegung und Vollendung des erhabenen Werkes viele und viel größere Revolutionen, die sich innerhalb der christlichen Kirche vollzogen, als es die heutigen sind. Es wird von der Reue der römischen Bevölkerung abhängen, wann sie das Fest begreifen will. Die Unterstützung und — so ist zu hoffen — die Theilnahme der hohen und höchsten Kreise von Berlin aus wird ihm nicht fehlen. Will man einen der Gegenwart entnommenen Titel für das Dombaufest haben, so begehe man die Feier des Gotteshauses, das so viele Bebrängnisse über die christliche Kirche gehen sah, in Hoffnung und als Vorzeichen früher oder später wiederkehrender Eintracht oder doch Verständigung. Was beiderseits die lebende Generation nicht erreicht, darf sie doch für spätere Generationen erhoffen, und über den Parteikämpfen unserer Tage giebt es denn doch noch ein gemeinschaftliches Höheres, in welchem man sich einträchtig begegnet.

Ueber die Zustände in Elßaß-Vohringen wird von beachtenswerther Seite geschrieben: „Die große Frage im Reichslande ist immer noch die Mantuffel-Herzog'sche Frage. Dürfen wir uns zum Echo einer berufenen Stimme machen, so ist aus allen Parthen ein Rückgang der deutschen Sympathien zu bemerken. Die Auswanderung nach Frankreich nimmt wieder zu, seitdem man denen, die optirt haben, das Wiederkommen in das Reichsland so erleichtert. Die Bauern selbst fangen wieder an, unangenehm von den hungriigen Preußen zu sprechen, mit denen sie zusammengekommen seien und mit denen sie zusammen Steuern zahlten. Einige Beamte finden, daß der Statthalter das fortiter in re, suaviter in modo dahin umkehre, daß er nur fortiter in verbis vorgehe, in der Sache nur allzu nachgiebig sei und die Geister wenig unterscheiden könne. Ein reicher Fabrikant hier und dort rühmt seinen Einfluß auf den obersten Reichsbeamten, er hebt hervor, was er schon bei diesem durchgesetzt habe, und macht sich anheischig, auch noch diesen und jenen Beamten

fortzubringen. Wenn glaubt man ihm und so entsteht eine schlimme Unterdrückung in französischer Richtung. Die Ultramontanen sind wieder zuversichtlicher geworden. Ihre französischen Sympathien sind zwar nicht sehr lebhaft für den Augenblick, da man jenseits der Bogen sich in die bekannte Unternehmung gegen die Jesuiten u. gestürzt hat. Aber sie erkennen wohl, daß sie auch von dem wesentlich protestantischen Deutschland nicht zu erwarten haben. Vor der Hand begnügen sie sich, überall das canonische Recht hervorzuheben, z. B. auf den Kirchhöfen die Protestanten in einen besonders ummauerten oder doch wenigstens mit Grenzsteinen markirten Raum zu bringen. Das Staatsgesetz dem entgegen stehen, geht sie nicht an. Was sind Staatsgesetze gegen canonisches Recht? denken sie, wie ihre priesterlichen Genossen ziemlich überall. Kurz, allgemeiner Rückgang in der deutschen Sache! Was seit Jahren durch mühselige Arbeit gewonnen war, geht verloren. Wenn das einmal offener hervortritt, so daß man es auch im Centralpunct der Reichsverwaltung handgreiflich fassen kann, so wird die Methode wieder abgeändert werden; das hat man ja von vornherein in Aussicht stellen müssen. Aber es ist immerhin zu bedauern, daß man darauf zu warten hat, und vor Allem, daß gut gemeinte Bestrebungen so trefflicher Männer, wie der Statthalter doch offenbar ist, ihr Ziel zu verfehlen scheinen.“

Die heut vorliegenden Nachrichten aus der Türkei stimmen darin überein, daß die Pforte ihre Politik des Ausweichens und Zögerns wieder aufgenommen hat. Die officielle „Wiener Montagsrevue“ meint, das Vorgehen der Türkei, die Verzeigerung des Abgangs von Riaz Pascha nach Albanien, der Aufschub der Absendung von Truppen dorthin, während die türkischen Streitkräfte in Epirus und Thessalien fortwährend namhaft verkräftet werden, habe nicht den Anstrich voller Offenheit und sei ungeeignet, der Pforte das Vertrauen Europas zuzuwenden. Derzeit wolle Niemand in Europa den Untergang der Türkei; auch die letzten britischen Parlaments-Erklärungen bestätigten, daß selbst Gladstone auf dem Boden des Berliner Vertrages feststeht und daß keinerlei radicale Pläne der Whigpartei zugemutet werden können. Eine rasche Lösung der montenegrinischen Frage würde möglicherweise einen bestimmenden, für die Türkei günstigen Einfluß auf die Entschliessungen der Mächte in der griechischen Frage ausüben; jedenfalls aber sei gewiß, daß durch die Pforte herbeiführte Verschleppungen nachdrückliche Wirkungen auf alle noch offen gebliebenen Probleme des Berliner Friedens notwendig äußern müssen.

Der einmüthige Protest, welchen die Tagesorgane Oesterreich-Ungarns gegen die Afsich Gladstone's, Oesterreich von der Donau-Commission auszuschließen, erhoben, hat nicht verfehlt, allenthalben Eindruck zu machen. Von Paris wird der „N. F. Pr.“ geschrieben, die französische Regierung vermahre sich sehr entschieden dagegen, daß sie sich bereits für die Ausschließung Oesterreichs ausgesprochen habe. Frankreich, Rumänien und Italien, behauptet man am Quai d'Orsay, hätten sich noch gar nicht geäußert. Nun, dies mag bezüglich Frankreichs seine Richtigkeit haben, mit Bezug auf Rumänien und Italien ist es jedoch entschieden falsch, denn mit der Regierung des ersten Landes unterhandelt eben das Wiener Cabinet, und das rumänische Gouvernement hat bereits erklärt, daß es für den österreichischen Antrag, das heißt für die Zulassung Oesterreichs in die Commission, sei. In London endlich spielt man den Unschuldigen und behauptet, daß die englische Regierung Nichts gethan habe und Nichts zu thun gedenke, um den Einfluß Oesterreich-Ungarns auf der Donau zu schwächen. Es sei richtig, daß die Idee, die Controle der Donau-Commission bis zum Eisernen Thore auszudehnen und die Commission durch Delegirte Serbiens und Bulgariens zu vergrößern, von einer der Mächte angeregt wurde, aber diese Anregung hätte von Seiten des englischen Cabinets keine Ermunterung gefunden. Da man auch von russischer Seite

leugnet, diese Anregung verschuldet zu haben, so kann man in der That begierig sein, zu erfahren, ob man in London oder in Petersburg die Unwahrheit behauptet.

Aus Bularest wird die Möglichkeit eines neuen Conflictes zwischen Rumänien und Bulgarien berichtet. Das rumänische Gouvernement ist davon benachrichtigt worden, daß starke bewaffnete bulgarische Banden in der nächsten Umgebung von Silistria, speciell vor Arab-Labia, aufgetaucht sind und dort lagern, um sich der eventuellen Besitzergreifung dieser Position von Seiten Rumäniens zu widersetzen. Sobald der den Besitz von Arab-Labia Rumänien zusprechende internationale Act dem bulgarischen Cabinet zugekommen sein wird, ist das rumänische Gouvernement entschlossen, die Position von Arab-Labia besetzen zu lassen.

Noch immer werden österreichische Blätter über die Absichten Russlands und damit zusammenhängende russische Truppenbewegungen gegen die galizische und rumänische Grenze Mittheilungen gemacht. Völlig aus der Luft gegriffen dürften diese Mittheilungen nicht sein. Vor Allem ist wohl als bestimmt anzunehmen, daß man es in Petersburg aus verschiedenen Gründen für zeitgemäß erachtet, militärisch zu demonstrieren. Schon in Rücksicht auf die Mächte in Galizien und die Reise Franz Joseph's nach dort hält man an der Nova etwas Sabelgeraffel für das russische Ansehen entprechend. Die „Agence Russe“ freilich weiß das von der Wiener „N. Fr. Presse“ verbreitete Gerücht, Rußland werde die Ausführung der Beschlüsse der Berliner Conferenz in die Hand nehmen und zu dem Ende bei Bender eine Truppenmacht von 45,000 Mann zusammenziehen, als gänzlich unbegründet zurück. „Durch Gerüchte dieser Art solle nur Wuth gegen Rußland erregt werden, das so wenig wie irgend eine andere der Mächte daran denke, sich von der gemeinsamen Action zu trennen. Unbegründet sei ferner die Blättermeldung, daß die Einholung eines Schiedspruchs über die Regelung der Kulschaffrage von der einen der interessirten Regierungen abgelehnt worden sei, der Vorschlag einer schiedsrichterlichen Entscheidung sei bis jetzt gar nicht gemacht worden.“

In dem zu Kiew gegen 21 Angeklagte wegen Bildung einer gesetzwidrigen Gesellschaft zum Zweck des gewaltthätigen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung verhandelten Prozesse hat das Militair-Kreisgericht gegen 2 Angeklagte aus Todesstrafe und Vollstreckung derselben durch den Strang, gegen 3 Angeklagte auf 20jährige Zwangsarbeit und gegen die übrigen Angeklagten auf Zwangsarbeit von 10—15 Jahren erkannt.

Das Pariser Journal „La Verité“ veröffentlicht ein Schreiben Gambetta's an einen Generalrath, in welchem Gambetta seine persönlichen Ansichten über den Charakter der jüngsten Generalratswahl darlegt und u. A. sagt, die Wahlen seien in hohem Maße republikanische und demokratische, die Generalräthe hätten die Aufgabe, sich mit den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung gründlich zu beschäftigen, die demokratische Partei wolle nicht eine einfach formalistische Republik, sondern sie wolle organische Institutionen, die aus der Demokratie nicht länger eine Lüge und aus der Republik nicht länger ein Federpiel (leurre) machten. Durch eine sorgfältige Anwendung einer derartigen Methode im Innern werde die Demokratie dazu gelangen, ihre bewundernswürdigen Hülfsmittel und die Schätze von Macht und Stärke, welche unser großes Land birgt, in Wirksamkeit zu setzen. Es werde Frankreich dann gestattet sein, ohne Uebereilung und ohne Abenteurer den Rang wieder einzunehmen, der ihm in der Welt gebühre, sich der ihm gewaltthätig entrissenen Provinzen wieder zu bemächtigen (russalir) und aus seiner wiederhergestellten Integrität ein Pfand des europäischen Friedens zu machen. Das Journal „La Verité“ begleitet diesen Schluß des Gambetta'schen Briefes mit Vorbehalten und erklärt, durch das Project einer Redaction mit bewaffneter Hand würde der europäische Friede für immer auf das Spiel gesetzt werden. — Wir geben im Anschluß noch das folgende Pariser Telegramm vom Sonntag: „General Greub,